

„Es ist ein Super-GAU“

Der Skandal um den insolventen Rezeptabrechner AvP bringt Apotheken in Ostbayern in Not

Von Wolfgang Engel

Ein Freitagnachmittag im September, in einer Straubinger Apotheke klingelt das Telefon. Ein Mann aus dem Großhandel ruft an. Er überbringt eine Warnung: „Es ist was im Busch. Kündigen Sie lieber.“ Die Warnung bezieht sich auf AvP Deutschland.

Sofort ruft die Apotheke den Apothekerverband an und fragt nach. Die Antwort ist: „Grad haben wir Krisensitzung gehabt. Aber jetzt sind alle heimgegangen.“ Eine andere Apotheke wurde vom Steuerberater gewarnt. Beide Apotheken kündigen umgehend bei AvP, eine ruft die Rechtsabteilung des Verbands an. Die fragt als Erstes zurück: „Woher wissen Sie das?“ Seltsam, finden die Apotheken. Warum warnt nicht der Verband?

AvP aus Düsseldorf ist eines der Unternehmen, über die deutsche Apotheken ihre Rezepte mit den Krankenkassen abrechnen, ein großer Dienstleister, ein Rechenzentrum mit sieben Milliarden Jahresumsatz. Irgendwann wusste dann jeder Apotheker, was Insider schon lange wussten: AvP ist insolvent. Hunderte von Millionen Euro sind einfach weg. Zahlreiche Apotheken haben viel Geld verloren. „Eine Katastrophe“, sagt ein Straubinger Apotheker, „ein Wahnsinn“, und er zieht diesen Vergleich: „Fast wie bei Wirecard.“

Auf bis zu einer halben Milliarde Euro schätzen Fachleute die Gesamtschadenssumme. Eine Schätzung geht davon aus, dass AvP ihren über 3000 Kunden im Schnitt 120000 Euro schuldet, in Einzelfällen sogar bis zu einer Million. Betroffen sind auch etliche Apotheken im Raum Straubing, in Stadt und Landkreis. Eigentlich sollten die Gelder geschützt auf Treuhandkonten liegen. Aber offenbar sind sie das nicht. Politisch besonders heiß: Die AvP wird wie Wirecard kontrolliert von der Bankenaufsicht Bafin. Das ist eine Bundesbehörde.

Am 1. November ist das Insolvenzverfahren offiziell eröffnet worden. Der Insolvenzverwalter wird nun an betroffene Apotheken Formulare zur Forderungsanmeldung senden. Der Verband hat einen Anwalt besorgt, denn „alleine“, sagt ein Apotheker, „kannst du gar nichts machen. Und ob was rauskommt, das ist die Frage“. Es ist nicht die einzige Frage. Die ganz große Frage ist: Wie konnte es so weit kommen? „Nicht im Traum“, sagt der Apotheker, „war bei mir der Gedanke, dass so etwas überhaupt je passieren kann. Die AvP wird doch von der Bafin geprüft, die stehen doch unter Daueraufsicht. Und dann verschwindet Geld einfach so?“

Ermittlungen aufgenommen

Das Geschäft der Rezeptabrechner funktioniert so: Für jedes rezeptpflichtige Medikament leistet der Kunde fünf bis höchstens zehn Euro Zuzahlung, den Rest erhalten die Apotheken von der Krankenkasse. Aber es gibt über 100 Krankenkassen in Deutschland, und jede mit eigenen Rabattsystemen und Abschlägen. Eine Direktabrechnung mit all diesen Kassen würde die Apotheken überfordern. Deshalb gibt es private Dienstleister wie die AvP. Im Falle des AvP-Skandals haben die Kassen zwar bereits bezahlt. Doch bei den Apotheken kam das Geld seit einiger Zeit nicht mehr an.

Als Zahlungen ausblieben, hatte die AvP zunächst beruhigt. „Strukturelle Umstellungen“ sorgten für Verzögerungen, hieß es in einem Rundbrief, und: „Die Zahlungen für Ihre Rezepte sind sicher auf dem Weg.“ Kurz danach begann die Staatsanwaltschaft zu ermitteln wegen betrügerischer Insolvenz, die



Die Schadenssumme, die durch die AvP-Pleite entsteht, beziffern Experten auf bis zu einer halben Milliarde Euro.

Foto: Bernd Thissen/dpa

Bafin setzte einen Sonderermittler ein und erstattete Strafanzeige. Ob das Geld allerdings wieder auftaucht, ist völlig unklar. „Es ist“, sagt der Apotheker, „ein Super-GAU.“

Für die betroffenen Apotheken kommt das in schwieriger Zeit. Seit zwölf Jahren sinkt die Zahl der Apotheken. Es herrscht ein Verdrängungswettbewerb. Ein EU-Urteil erlaubt ausländischen Versandapotheken, Rabatte zu geben, stationäre Apotheken dürfen das nicht. Eine Folge davon: Online-Apotheken nehmen zu, und viele kleine Apotheken kämpfen ums Überleben. Goldader Apotheke? Das ist gerade für kleine Apotheken schon lange vorbei.

Der Lockdown im Frühjahr hat weitere Kunden gekostet. Laufkundschaft fehlte, das Zusatzsortiment mit schnellen Mitnahme-Artikeln brach völlig ein. Allein das kostete 20 Prozent Umsatz. Kunden wechselten noch stärker als bisher ins Internet. Einige Apotheken bauten deshalb den Lieferservice aus. Damit stiegen die Personalkosten. „Wir rechnen“, sagt eine von AvP nicht betroffene Straubinger Apotheke, „in diesem Jahr mit einer schwarzen Null.“ Wer da zusätzlich auf Rezeptrechnungen sitzen bleibt, dem fehlt nicht nur der Gewinn. Dem fehlt der gesamte, bereits bezahlte Umsatz. Das kann das Aus bedeuten.

„Das ist ein Pulverfass“

Wenn wie bei Apotheken private Dienstleister abrechnen, bleiben im Schadensfall Kunden auf Kosten sitzen. Bei Ärzten läuft die Abrechnung über die Kassenärztliche Vereinigung (KV), eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. „Da haftet der Staat dafür“, sagt ein Apotheker, „bei uns aber nicht.“ Warum ist das so? „Gute Frage“, sagt Birgit Hlawka-Geiger, Chefin einer Straubinger Apotheke und Pressesprecherin für Niederbayern im Bayeri-

schen Apothekerverband. Vor ein paar Tagen hat ihr ein Apotheker geschrieben. Er fürchtet, dass ein Skandal wie der AvP-Skandal sich auch bei anderen Abrechnern wiederholen könnte.

Einen großen Teil der AvP-Apotheken hat jetzt die VSA übernommen. Das ist die Nummer eins der Abrechnungszentren in Bayern. Sie gehört zu Noventi, und alleiniger Eigentümer von Noventi ist der „Förderungsverein Süddeutscher Apotheken“ (FSA). VSA gehört damit den Apotheken selber. Sie könnte sich nun übernehmen, fürchten Apotheker, der Bissen könnte zu groß sein. „Das ist ein Pulverfass“, glauben manche, und jemand sagt: „Ein Wahnsinnsrisiko, wenn die das nicht stemmen. Dann ist Polen offen, dann sind fast alle Apotheken am Ende.“

Kritik an Aufsichtsbehörde

Wenn ein Skandal bei AvP trotz Bafin möglich ist, fürchten viele Apotheker, ist das auch bei anderen Abrechnern möglich. Die Bafin untersteht dem Finanzminister Olaf Scholz und hat schon im Wirecard-Skandal versagt. Falls die Bafin je Einblick genommen hat, hat sie auch hier wenig erkannt. Deshalb sagt auch Hlawka-Geiger: „Jede kleine Apotheke ist ein gläserner Betrieb, da würde man alles finden. Wie kann da sein, dass in so großem Maßstab Geld verschwindet?“ Im AvP-Skandal spielt die Bafin wieder eine unguete Rolle.

„Schon seit 2016 hatte sie Einsicht in die AvP. Trotzdem war praktisch unter den Augen der Aufsicht möglich, dass Hunderte Millionen Euro spurlos verschwanden. „Obwohl die Bafin im Haus war“, sagen Apotheker, „haben die noch schalten und walten können, wie sie wollten.“ Wenn das unter den Augen der Bafin möglich ist, was ist dann noch möglich in einem Markt, in dem sich in den letzten Jahren ein harter Konkurrenzkampf zwischen

verschiedenen Abrechnungszentren entwickelt hat? In Konkurrenzkämpfen wird oft mit Angeboten gehandelt, die sich letztlich nicht rechnen. Und wer entschädigt im Schadensfall?

Auch AvP und VSA waren in harte Konkurrenten. Betroffene glauben deshalb, dass der Apothekerverband stark zum apothekereigenen VSA neigt und AvP-Kunden kaum unterstützt. „Wir bekommen null Unterstützung“, heißt es in betroffenen Kreisen, „der Verband hält sich komplett raus.“ Auch von der Politik ist bisher nicht viel zu erwarten. Am Mittwochvormittag hat der Gesundheitsausschuss des Bundestags bereits zum zweiten Mal zum AvP-Skandal getagt, die Sondersitzung war nicht öffentlich. Es soll aber von einer „katastrophalen Buchführung“ bei der AvP die Rede gewesen sein und davon, dass ein vor einem Jahr ausgeschiedener Geschäftsführer „in die Kasse gegriffen“ habe.

Die von Bund und Ländern gehaltene KfW-Bank hat inzwischen 58 Millionen Euro Schnellkredite für betroffene Apotheken zur Verfügung gestellt. Zu wenig, sagt der Straubinger Bundestagsabgeordnete Alois Rainer (CSU): „Eine Lösung auf Kreditbasis kann nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Die AvP war zumindest teilweise unter Bafin-Kontrolle. Damit liegt die Verantwortung auch ein Stück weit bei der Bafin, und damit bei uns.“

Mehr als nur Kredite nötig

Die Politik, sagt Rainer damit, hat Mitverantwortung und muss deshalb mehr tun, als nur Kredite in Aussicht zu stellen. Ob das so kommt, ist allerdings fraglich. „Es ist im Endeffekt tatsächlich so“, sagt die niederbayerische Verbandsprecherin Hlawka-Geiger, „dass keine Hilfe ansteht.“ Das Thema dürfte in Berlin aber noch nicht erledigt sein. FDP, Grüne und Linke dringen auf weitere Aufklärung. Sie

wollen wissen, welche Rolle die Bafin hier spielt. Wann hatte sie erstmals Hinweise auf Unregelmäßigkeiten? Wie genau hat sie reagiert, als spätestens im November 2019 Hinweise kamen?

„Wer hat was zu verantworten?“, fragt deshalb auch der Grünen-Bundestagsabgeordnete Erhard Grundl aus Straubing. „Das ist bisher alles nicht nachvollziehbar, so etwas kündigt sich doch vorher an.“ Auch an ihn haben sich betroffene Apotheken gewandt. Skandale wie dieser können die wohnortnahe Versorgung mit Apotheken gefährden, sagt Grundl. „Das ist nicht Pillepalle. Das ist eine Katastrophe.“ Die Opposition fordert deshalb eine zeitnahe nochmalige Sondersitzung. Das lehnen CDU/CSU und SPD bisher ab. „Wenig Interesse an Aufklärung“, vermutet Grundl.

Der Abgeordnete Rainer dagegen verspricht persönlichen Einsatz für die Aufklärung: „Das wird, so leid mir das für die Apotheken tut, noch ein bissl dauern. Aber ich nehm‘ das so einfach nicht hin. Denn da geht es um richtig viel Geld. Apotheken haben ja nicht nur den Gewinn, sondern den ganzen Umsatz verloren.“ Wie lässt sich das für die Zukunft verhindern? Ein Abrechnungssystem des öffentlichen Rechts wie bei Ärzten kann zwar Betrugereien auch nicht ausschließen. Es könnte aber garantieren, dass Apotheken nicht plötzlich in Existenznot geraten.

Warum aber haben die Apotheken nicht dieses System wie die Ärzte? „Ich weiß nicht, warum das bei Ärzten und Apothekern unterschiedlich läuft“, sagt Alois Rainer. Vermutlich weiß das auch sonst niemand, nicht Apotheker, nicht die Politik. „Ich würde“, sagt Grundl, „generell dafür plädieren, größtmögliche Sicherheit herzustellen.“ Doch wie genau, weiß im Moment keiner. Aber Gesundheitspolitik ist ein wichtiges Feld staatlichen Handelns, und hier besteht Handlungsbedarf.